grün & gerecht

Sozialpolitische Zeitung grüner Kreisverbände

Interview
mit Werner Schulz

Wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

grün & gerecht: Herr Schulz, fordern Sie Nachbesserungen bei der Agenda 2010?

Schulz: Natürlich, klar. Ich bezweifle nicht den Reformbedarf, der existiert, sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch bei den sozialen Sicherungssystemen. Doch solche Reformen müssen sozial ausgewogen und wirkungsvoll sein. Und beides trifft nicht zu. Es darf nicht allein um Kürzungen und die Einsparung von Kosten gehen, sondern um die Schaffung von Arbeitsplätzen.

grün & gerecht: Wie lautet da ihre Kritik?

Schulz: Seit Einberufung der Hartz-Kommission werden immer wieder zwei Denkfehler gemacht. So ist die Arbeitslosigkeit kein Vermittlungsproblem, was besonders im Osten deutlich wird. Das Problem ist das zu geringe Angebot von Arbeitsplätzen. Rund 4,6 Millionen suchen einen Job und es gibt nur 400.000 bis 500.000 offenen Stellen. Der nächste Denkfehler ist, dass sich wieder Vollbeschäftigung erreichen lässt. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es immer mehr Menschen geben wird, die kein Erwerbseinkommen oder Kapitaleinkünfte haben.

grün & gerecht: Wie sehen Ihre Alternativen aus?

Schulz: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe als steuerfinanzierte Leistungen ist völlig richtig. Doch dann müsste die Grünen-Idee einer sozialen Grundsicherung greifen: Steuerfinanziert und bedarfsorientiert, nicht bedarfsdeckend, was noch mehr enthalten würde und teurer wäre. Aber mit der Grundsicherung würde das Existenzminimum garantiert und es wäre damit ein soziales Netz für alle gespannt, die weder Lohn erhalten noch Geld auf der Bank haben.

Wir brauchen Reformen, bei denen die Richtung stimmt!

4,5 Millionen Menschen sind arbeitslos. Die Sozialversicherungssysteme sind in der Krise. Das zeigt: wir brauchen dringend Reformen. Reformen für mehr Beschäftigung. Reformen für mehr Gerechtigkeit. Reformen für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Das ist unser Maßstab für die Politik. Deshalb mischen wir uns ein. Wir wollen, daß die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden.

Ein Schritt zu mehr Beschäftigung ist es, Arbeit umzuverteilen und die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn Überstunden eingedämmt werden. Die Politik „Weg vom Öl" schafft neue Arbeitsplätze gerade in kleinen und mittleren Unternehmen. Wenn unsere Städte und Gemeinden wieder investieren können, schaffen sie Arbeitsplätze im Handwerk. Dazu brauchen wir eine Steuerreform, denn wer mehr tragen kann, muß auch stärker in die Verantwortung genommen werden. Etwa durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Heute erzielt der Bund allein durch die Tabaksteuer höhere Einnahmen als durch alle Unternehmenssteuern.

Ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit ist eine soziale Grundsicherung für alle. Unbürokratisch und bedarfsorientiert. Ein Schritt in die falsche Richtung ist es, 3,5 Milliarden € auf Kosten von Langzeitarbeitslosen zu sparen. „Eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe, die immer wieder in die politische Diskussion gebracht wird, würde die materielle Situation von ca. 80% der Langzeitarbeitslosen verschlechtern. Gerade in Ostdeutschland hätte dies gravierende soziale Folgen und kann von uns nicht mitgetragen werden." So haben wir Grünen es in unserem Programm für Ostdeutschland festgestellt. So steht es in unserem Wahlprogramm 2002. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe mit dem „Arbeitslosengeld II" in Höhe der Sozialhilfe geht deshalb in die falsche Richtung. Für Langzeitarbeitslose bedeutet es Armut, für viele Frauen den Verlust ihrer Leistungsansprüche, für die Kinder der Arbeitslosen Sozialhilfe.

Ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit ist die Bürgerversicherung für alle. Sie stärkt die Sozialversicherung. Wenn nicht nur Löhne herangezogen werden, sondern auch andere Einkommensarten. Wenn wir die Privilegien etwa bei der Krankenversicherung abbauen und Schritte in Richtung Bürgerversicherung für alle gehen. Ein Schritt in die falsche Richtung ist es, die Finanzierung des Krankengeldes allein zur Sache der ArbeitnehmerInnen zu machen.

Ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit ist es, ArbeitnehmerInnen stärker in die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen in den Betrieben einzubeziehen. Gesündere Arbeitsbedingungen sind der wirksamste Beitrag zur Prävention im Gesundheitsbereich. Dann müssen weniger Menschen befürchten vorzeitig berufs- oder erwerbsunfähig zu werden. Ein Schritt in die falsche Richtung ist es, den Kündigungsschutz für Arbeitnehmer abzubauen. Wer befürchten muss, willkürlich gekündigt zu werden pocht nicht auf die Einhaltung von Unfallverhütungsvorschriften.

Ein Schritt zu einem ökologischen Umbau ist es, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Das Geld umzulenken in ökologisch fortschrittliche Technologien. Das schafft Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien.

■ **Reynaldo Zavala** ■ Direktkandidat für den bayerischen Landtag

Finger weg vom Kündigungsschutz

Seit Wochen tobt die unsägliche Debatte um die „Lockerung" des „Kündigungsschutzes", obwohl dieser bereits heute keineswegs vor Kündigung schützt, sondern lediglich die Reihenfolge von Entlassungen vorschreibt: Ältere Arbeitnehmer und Eltern sollen nicht als erstes entlassen werden. Das ist auch gut so, denn diese Personengruppen sind eher örtlich gebunden, tragen meist die finanzielle Verantwortung für weitere Familienmitglieder und finden meist nicht so schnell einen neuen Arbeitsplatz wie jüngere Kollegen/innen.

Trotzdem können die „Geschützten" problemlos aus „dringenden betrieblichen Erfordernissen" (§ 1 II KSchG) entlassen werden. Rund eine Million arbeitgeberveranlaßte Kündigungen pro Jahr zeigen, dass es nicht weit her ist mit dem Kündigungsschutz.

Zudem haben Arbeitgeber bereits heute viele Möglichkeiten auch ältere und sozial schwache Arbeitnehmer/innen schnell und lautlos los zu werden:

- Bei Arbeitsverhältnissen unter sechs Monaten ist eine grundlose Kündigung jederzeit möglich
- Arbeitsverträge können innerhalb von zwei Jahren mehrmals grundlos befristet werden und laufen dann aus
- Leasingkräfte können jeder Zeit geholt und weggeschickt werden

Im Übrigen kann der Arbeitgeber jeden jederzeit kündigen. Der Arbeitnehmer muss sich dann durch ein monatelanges Gerichtsverfahren zur Wiedereinstellung quälen, dessen Ausgang unsicher ist.

Der wahre Grund der Arbeitgeber und deren Politiker für die Schlammschlacht gegen Arbeitnehmerrechte liegt woanders. Am 15. Mai 2003 forderte Arbeitgeberpräsident Hundt, die Menschen sollten nach „Leistung" bezahlt werden, Jüngere sollten eine höhere Bezahlung erhalten, Ältere eine geringere, weil Ältere angeblich weniger leisten würden.

Arbeitgeber blockieren also die Einstellung von Menschen über 50, weil sie glauben, dass ältere Personen weniger leisten. Allein daraus können wir schließen, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes keinen neuen Arbeitsplatz für Personen über 50 bringen wird. Es ist unlogisch zu behaupten: Gibt es keine Schutzgesetze, sind die Schutzbedürftigen besser geschützt.

Eine OECD-Studie aus 1999 hat darüber hinaus festgestellt, dass Arbeitsrecht und Arbeitslosigkeit in einem Land in keinem Zusammenhang liegen. Beim Herumdoktern am Kündigungsschutz geht es einzig und allein darum, Löhne und Gehälter zu senken. Je leichter Arbeitgeber kündigen können, desto schwerer werden die Tarifverhandlungen für Gewerkschaften und Vertragsverhandlungen bei Einzelverträgen. Arbeitnehmer/innen bleibt daher nur ein Ausweg aus der Krise:

- Zeigen wir den Verantwortlichen, dass 20 Millionen Arbeitnehmer nicht irgendeine Interessengruppe sind
- Üben wir Druck auf unsere örtlichen Abgeordneten aus
- Unterstützen wir die Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten und treten für die Rechte ein, die uns vor sozialer Kälte schützen.

Frauenbündnis NRW gegen Sozialabbau

Reformen für und mit den Frauen umsetzen - Denn die gut ausgebildeten und qualifizierten Frauen von heute sind die morgen dringend benötigten Fachkräfte!

Die Umsetzung der im Jahr 2002 beschlossenen Gesetze „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt", die Vorschläge der Agenda 2010 und die Ergebnisse der Rürup-Kommission bedeuten für eine Vielzahl von Frauen eine deutliche Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Um den Blick der Öffentlichkeit darauf zu lenken, haben Frauen aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen sich zu einem Frauen-Bündnis NRW gegen Sozialabbau zusammengeschlossen.

http://www.regionet-owl.de/home/index,id,273.html

■ **Marianne Hürten** ■ MdL, Frauenpolitische Sprecherin

Armut ist weiblich…
und das nicht erst seit Hartz

Rund 58 % derjenigen, die in NRW Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, sind weiblich. Männer rutschen in erster Linie durch Langzeiterwerbslosigkeit in die Sozialhilfe. Frauen gehen ein hohes Armutsrisiko ein, wenn sie sich für Kinder entscheiden, vor allem, wenn sie alleinerziehend sind. Denn bei annähernd 40 % aller SozialhilfeempfängerInnen handelt es sich um Kinder.

Tatsache ist:

- Frauen in sozialen Notsituationen, z.B. im Schwangerschaftskonflikt, als Alleinerziehende in Elternzeit oder als von häuslicher Gewalt Betroffene geraten bei der Beantragung von Sozialhilfe immer stärker unter Druck.

Auch Frauen, die nur zur Überbrückung der Elternzeit Sozialhilfe beantragen, müssen sich auf Folgendes einstellen:

- Verkauf des Autos, was die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes erschwert,
- Umzug in eine kleinere kostengünstigere Wohnung, womit das soziale Netz bei der Kinderbetreuung verloren geht,
- Auflösen sämtlicher Sparguthaben einschließlich der Lebensversicherung, was die Absicherung im Alter massiv verschlechtert.

… und dann kam Hartz

Die Hartz-Gesetze verbunden mit den Kürzungen bei den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit nehmen Frauen seit 1.1. diesen Jahres verstärkt in die Zange. Die erhöhte Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen heißt oft, keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe mehr zu haben. Ohne Leistungsbezug sind sie auch für die Arbeitsvermittlung uninteressant. Arbeitsfördermaßnahmen erhalten sie genauso wenig, wie Sozialhilfeempfängerinnen oder Frauen, die nach einer längeren Erziehungsphase wieder in den Beruf wollen. Selbst Wiedereingliederungsmaßnahmen mit einer Erfolgsquote von über 80 % sind gestrichen.

Mini-Jobs sollen für Frauen die Zukunft werden. Über Jahre haben wir uns für eigenständige existenzsichernde Erwerbsarbeit für Frauen stark gemacht. Rot-Grün im Bund lässt den Zug jetzt in die entgegengesetzte Richtung fahren: Denn die Ausdehnung von Mini-Jobs ohne Kranken- und Arbeitslosenversicherung mit bestenfalls minimaler Rentenversicherung eröffnet Frauen nur den Weg in die Sackgasse der Dauerabhängigkeit.

… und jetzt auch noch die Schröder'sche Agenda 2010

Die Betroffenen haben die Folgen von Hartz noch nicht verdaut, die Arbeitslosigkeit ist nicht gesunken sondern gestiegen, da droht auch schon die nächste „Sozialreform", Schröder's Agenda 2010. Dazu zuerst die gute Nachricht: Die vorgesehene Definition von Erwerbsfähigkeit (mind. 3 Std. / Woche) wird auch vielen arbeitsuchenden Sozialhilfeempfängerinnen Anspruch auf das neue Arbeitslosengeld II eröffnen. Nun die schlechte Nachricht: Es soll auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt werden. Das heißt, noch mehr Frauen (und zunehmend auch Männer) die in Partnerschaften leben, erhalten keinen Cent mehr. Die vorgesehene Verkürzung der Arbeitslosengeldbezugsdauer bewirkt, dass diese Frauen noch schneller ohne eigenes Geld da stehen.

Mit der geplanten Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen heißt fördern und fordern: Entweder Frauen nehmen die Putzstelle und können ein paar Euro behalten oder Sie lehnen ab und bekommen dann erst mal kein Geld mehr.

Auch die geplante „Lockerung" der Kündigungsschutzbestimmungen für Kleinbetriebe wird Frauen stärker treffen, denn in kleinen und mittleren Betrieben sind mehrheitlich Frauen beschäftigt. In den Großbetrieben haben Frauen bei betriebsbedingten Kündigungen häufig die schlechteren Karten, weil sie die kürzere Betriebszugehörigkeit haben. Wenn jetzt der Kündigungsschutz in kleineren Betrieben sinkt, werden zunehmend ältere Frauen um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Als Alternative bleiben zumeist Mini-Jobs, wenn die Rente dann erst mit 67 winkt.

Das Problem wird nur sein, dass viele Frauen, die Jahrzehnte im Einzelhandel, in der Pflege, im Reinigungsgewerbe etc. gearbeitet haben, dann nicht mehr können, weil die Belastung in den typischen Frauenberufen sehr hoch ist. Zu den körperlichen Belastungen kommt zunehmend der Stress und damit oft lange Ausfallzeiten wegen Erkrankungen.

Aber halt, dagegen hat unser Kanzler auch ein Mittel: das Krankengeld versichert zukünftig jede(r) privat und Praxisgebühren, erhöhte Zuzahlungen und Selbstbehalte schrecken besonders Frauen mit niedrigem Einkommen von der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen ab. Damit hätten wir dann auch das Problem mit dem demografischen Wandel gelöst. Irgendwie wird es doch zu schaffen sein, dass die Menschen sterben, bevor sie nennenswert Sozialleistungen bezogen haben, oder nicht?

Die Zeiten ändern sich…

In den bündnisgrünen Antworten unserer Bundestagsfraktion zum Sparpaket der Bundesregierung (lang und schlüssig 13/39) ist im Vorwort u.a. zu lesen:

Die ungerechte Verteilung drückt sich in wachsenden Belastungen von Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, Arbeitslosen und Geringverdienenden aus, während zugleich Steuergeschenke an Vermögende verteilt werden sollen. Auf diese Weise forciert die Bundesregierung ein weiteres Mal die bestehende Spaltung der Gesellschaft, die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Alt und Jung, Ost und West wird vertieft.

Unterzeichnet von Joschka Fischer und Kerstin Müller. Die Broschüre stammt von 1996. Mit den Zeiten ändern sich die Grünen; früher haben sie für den Erhalt des sozialen Netzes gestritten. Heute spannen sie ein Drahtseil, nennen das dann Fördern und Fordern und sagen zu denen die runter fallen: Ihr habt zu wenig Eigenvorsorge betrieben.

Aurich-Norden, Bamberg, Berlin-Steglitz/Zehlendorf, Bochum, Breisgau-Hochschwarzwald, Cham, Coburg, Dithmarschen, Dortmund, Düren, Flensburg, Hagen, Hamburg-Nord, Hannover-Land, Helmstedt, Wähl.-Gem. Die Grünen Herne, Hersfeld-Rotenburg, Holzminden, Leverkusen, Limburg-Walburg, Lippe, Löbau-Zittau, Mainz-Bingen, Mettmann, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Münster, Oberhausen, Peine, Solingen, Zollern-Alb

Diese Zeitung steht zum Download unter: www.gruen-und-gerecht.de ■ Bestellungen an: post@sonderbdk.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN